

# Die Krise vorläufig beigelegt

## Brünings Kraftprobe.

Schwierige Lage der Sozialdemokratie.

Das Kennzeichen der Krisenzeiten ist der schnelle Wechsel im Bild der politischen Lage. Von einer Stunde zur anderen kann es völlig anders aussehen. So auch in der jetzigen Krise. Während noch am Montag Abend die Entwicklung allgemein zuversichtlich beurteilt wurde, brach plötzlich in den Nachmittagsstunden wieder kalte Krisenluft ein. Und am Dienstag Morgen sah es so aus, als ob es keinen anderen Ausweg mehr gäbe, als Rücktritt der Regierung. Brünings fand plötzlich in scharfem Gegensatz zur Sozialdemokratie. Alles wartete gespannt auf die Abstimmung im Ältestenrat. Da kam die Entspannung: keine Einberufung des Reichstages. Neue Hoffnungen in Regierungskreisen. Plötzlich wieder ein Umdenken: neue Drohung des Kanzlers an die Sozialdemokratie, die von ihrem Ruf nach dem Haushaltsausschuss nicht lassen wollte. Der Weg zum Kompromiß schien wieder verbaut, und die Verantwortung für das Schicksal des Kabinetts war plötzlich ganz der Sozialdemokratie zugeschoben.

### Schnelle Entscheidung im Ältestenrat.

In der Sitzung des Ältestenrates des Reichstages ist die Entscheidung über Nichteinberufung des Reichstages wider Erwarten schnell gefallen. In der Abstimmung stellte Präsident Lohde fest, daß sich die Nationalsozialisten mit 107, die Deutschnationalen mit 41, die Kommunisten mit 77, die Wirtschaftspartei mit 22 und die Landvolkpartei mit 18 Stimmen für die Einberufung ausgesprochen haben, das sind zusammen 265 Stimmen, während zur Einberufung des Reichstages 289 Stimmen erforderlich gewesen wären. Alle anderen Parteien haben sich gegen die Einberufung ausgesprochen, so auch die Deutsche Volkspartei.

### Erklärungen der Volkspartei.

Nach der Abstimmung im Ältestenrat veröffentlichte die Deutsche Volkspartei eine Rechtfertigung ihres Stimmwechsels. Zunächst wird in der Erklärung betont, daß die Deutsche Volkspartei an ihrer Forderung nach Umbildung der Regierung festhalte, die Partei vertraue darauf, daß ihre Wünsche auf tribunaltypischem und innenpolitischen Gebiet durch Verhandlungen ihres Führers mit dem Kanzler erreicht werden können. Dann heißt es weiter: „Die infolge der Tributkrise entstandene Krisenlage für das ganze Reich und seine Wirtschaft erfordert schnelles Handeln. Die Gefährdung der Zahlungsfähigkeit des Reiches ist gleichbedeutend mit einer Gefährdung der Existenz des Volkes, der gesamten Wirtschaft und angeheuer Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Die Reichstagsfraktion weiß darauf hin, daß die Deutschnationalen und die Nationalsozialistische Partei jede Bereitschaft, auch bei Erfüllung der von der Deutschen Volkspartei aufgestellten Bedingungen, eine Verantwortung zu übernehmen, für die beiden genannten Parteien eindeutig abgelehnt haben. Aus allen diesen Gründen hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei die im Ältestenrat gestellten Anträge auf Einberufung des Reichstages abgelehnt.“

Die Reichstagsfraktion der Christlichsozialen Volksdienstes und der Konserativen Volkspartei erklärt, sie behalte sich eine erneute Stellungnahme ausdrücklich vor, wenn nicht in kürzester Frist weitere Schritte in der Tributfrage erfolgen. Nur unter dieser Voraussetzung lehne der Volksdienst von der Forderung einer sofortigen Änderung der Notverordnung ab. Die Fraktion hat zur Person des Reichskanzlers Vertrauen. Sie hält aber einzelne Mitglieder des Kabinetts für eine schwere Belastung und wird daraus bei gegebener Gelegenheit die Folgerungen ziehen.

### Der Kampf um den Haushaltsausschuss.

Nachdem die Entscheidung im Ältestenrat des Reichstages gefallen war, wandte sich das Interesse dem Kampf um den Haushaltsausschuss zu. Es schien ursprünglich so, als wolle sich Brünings mit der Beratung der Notverordnung im Haushaltsausschuss einverstanden erklären. Zur allgemeinen Überraschung ließ aber Brünings nach der Abstimmung im Ältestenrat erklären, er lehne auch den Haushaltsausschuss ab und würde zurücktreten.

wenn die Fraktionen anders beschließen sollten. Diese Erklärung war an die Adresse der Sozialdemokraten gerichtet. In Verbindung mit dieser Erklärung entstanden sofort aberhand Gerüchte. So hieß es, Hindenburg sei schon unterwegs nach Berlin — was später dementiert wurde. Weiter hieß es, Hindenburg werde

im Falle Brünings Rücktritt

sogar den Führer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg, mit der Kabinettsbildung betrauen, oder auch den Nationalsozialisten Dr. Brüning innerhalb zwölf Stunden sein

### Sturz der Oldenburger Regierung.

Nach Annahme eines nationalsozialistischen Mißtrauensantrages.

Der von den Nationalsozialisten gegen das oldenburgische Beamtensabministerium eingebrachte Mißtrauensantrag wurde vom Landtag mit 24 gegen vier Stimmen bei 29 Enthaltungen angenommen. Dafür stimmten neben dem Antragsteller die Deutschnationalen Volkspartei und die Landvolkpartei. Der Stimme enthielten sich Zentrum und Sozialdemokratie.

Der Ministerpräsident erklärte, die Regierung trete zurück und erwarte, daß der Landtag sich eine beschleunigte Neubildung des Kabinetts angelegen sein lasse. Es ist anzunehmen, daß die Reichsparteien versuchen werden, eine Neu- bzw. Umbildung des Kabinetts herbeizuführen. Ob sich dabei eine Erweiterung nach rechts ergeben wird, ist noch fraglich, da die SPD, das Zentrum und die Kommunisten sowie die Staatspartei über insgesamt 24 von 48 Stimmen verfügen.

### Regierungskrise in Osterreich.

Kabinetts Ender zurückgetreten.

Der Vertreter des österreichischen Bundes in der österreichischen Regierung, Innenminister Winkler, hat seinen Rücktritt erklärt. Der Rücktritt wird damit begründet, daß seine Partei nicht die Verantwortung dafür übernehmen könne, daß die Regierung weitere Maß-

nahmen zustande, dann würde Brünings mit neuen, diesmal unbegrenzten Vollmachten betraut werden. Ja, es schwärzten sogar Gerüchte von Belagerungszustand und ähnlichem herum.

Zum Kampf um den Haushaltsausschuss gaben die Deutschnationalen die Erklärung ab, daß sie an Verhandlungen im Haushaltsausschuss kein Interesse hätten. Die Wirtschaftspartei vertrat die Auffassung, daß man im Haushaltsausschuss eine unverzügliche Aufrollung der Reparationsfrage doch nicht erreichen könne und daß sie deshalb auf die Einberufung des Ausschusses keinen Wert lege.

### Kein Zusammentritt des Haushaltsausschusses.

Berlin. Der Ältestenrat des Reichstages trat am Dienstag Abend zusammen, um über den Antrag zu beraten, den Haushaltsausschuss des Reichstages einzuberufen, der sich mit der Notverordnung beschäftigen sollte, nachdem der Ältestenrat schon vorher eine Einberufung des Reichstages abgelehnt hatte. Der Ältestenrat beschloß nach kurzer Beratung, auch die Einberufung des Haushaltsausschusses abzulehnen.

Wie es heißt, soll die Regierung in Aussicht gestellt haben, den Haushaltsausschuss demnächst einzuberufen, sie hat sich jedoch ausdrücklich den Termin für diese Einberufung vorbehalten.

### Der Haushaltsausschuss des Reichstages.

Kein formeller Antrag der Sozialdemokraten auf Einberufung. Aber die Sitzung des Ältestenrates des Reichstages, die nur eine Viertelstunde in Anspruch nahm, erforderte wir noch, daß es sich bei dem abgelehnten Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses des Reichstages um einen Antrag der Kommunisten gehandelt hat. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Einberufung des Haushaltsausschusses war formell überhaupt noch nicht eingebracht worden. Für den Antrag, den Ausschuss einzuberufen, haben sich die Kommunisten, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen eingesetzt. Da diese Parteien im Reichstages nur 25 Abgeordnete hinter sich haben, gilt der Antrag als abgelehnt. Die Sozialdemokraten hatten in dieser Sitzung darauf verzichtet, einen formellen Antrag auf Einberufung des Ausschusses einzubringen.

Die SPD begründet ihre Haltung.

Über ihre am Dienstag abgehaltenen Sitzungen gibt die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Bericht heraus, in dem es heißt, daß die Fraktion zunächst beschlossen habe, die Einberufung des Haushaltsausschusses des Reichstages zu verlangen, um dort die Möglichkeiten der Verbesserung der Notverordnung zu prüfen. Von entscheidender Bedeutung für die Haltung der Sozialdemokratischen Fraktion war eine Erklärung des Reichskanzlers, er sei bereit, unter der Voraussetzung, daß das finanzielle Gesamtergebnis nicht gefährdet werde, die Verhandlungen mit der Sozialdemokratischen Fraktion fortzusetzen. Er sei auch gewillt, im gegebenen Zeitpunkt der Einberufung des Reichshaushaltsausschusses zuzustimmen, und an seinen Arbeiten mitzuwirken. Daraufhin nahm die Sozialdemokratische Fraktion von der Einberufung des Haushaltsausschusses angesichts der bedrohlichen Finanz- und Wirtschaftslage im gegenwärtigen Zeitpunkt Abstand.

Die Haltung der Deutschen Volkspartei.

Zu dem im Gegensatz zu ihrer ersten Stellungnahme gefassten Beschluß der Deutschen Volkspartei, gegen eine Einberufung des Reichstages zu stimmen, sei die Reichstagsfraktion gekommen, da nach einer parteiinternen Mitteilung eine neue Lage geschaffen worden sei. Das Kabinetts müsse durch Gewinnung neuer und bedeutender Männer ein neues Gesicht erhalten, es muß beschaffen werden, ein Höchstmaß von Aktivität und Autorität zu entwickeln, um im Innern Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, und nach außen hin verhandlungsfähig zu sein. Die Reichstagsfraktion der SPD vertraut darauf, daß die Abmachungen, die ihr Führer mit dem Reichskanzler getroffen hat, alsbald in Tat umgesetzt werden.

### Haushaltsausschuss

#### in der zweiten Hälfte August.

Zu der offiziellen Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verleiht, daß mit der Wälderung von Werten in erster Linie die Frage der jugendlichen Arbeitslosen gemeint ist. Hier hat sich der Reichskanzler zu Mitteilungen bereit erklärt. Das Problem der Saisonarbeiter soll im Laufe des Sommers mit Vertretern der Gewerkschaften und Parteien noch einmal überprüft werden. Die Zusage Dr. Brünings, daß im gegebenen Zeitpunkt der Haushaltsausschuss des Reichstages sich mit der Notverordnung beschäftigen soll, bedeutet nur eine Selbstverständlichkeit. Für den Beginn der Arbeiten des Haushaltsausschusses ist ein Termin in der zweiten Hälfte des August ins Auge gefaßt worden. Ob es gelingen wird, an diesem Zeitpunkt festzuhalten, dürfte nicht zuletzt von der finanziellen und reparationspolitischen Entwicklung abhängen.

lungen für die Kreditbank eingebe, wovon die nächste 80 Millionen Dollar betragen müßte.

Auf die Demission des Ministers Winkler hin wurde der auf Urlaub weilende Heeresminister Raugoin verständigt, der aus seinem Urlaub im Auto in Wien eintraf. Sofort nach seinem Eintreffen trat der Ministerrat zu einer kurzen Sitzung zusammen, in der beschlossen wurde, dem Bundespräsidenten die Demission des Gesamtkabinetts bekannt zu geben.

Wie es heißt, wird Bundeskanzler Dr. Ender mit einem Versuch betraut werden, eine neue Regierung zu bilden.

### Oesterreich unter französischem Druck.

Zum Rücktritt des Kabinetts Ender.

Der Rücktritt der Regierung Ender ist auf den Vorstoß der Franzosen zurückzuführen. In Wien ist offen von dem französischen Verlangen gesprochen worden, den jetzigen Außenminister von seiner Stelle zu beseitigen. Es ist klar, daß man dabei nicht allein die Person Schobers meinte, sondern den Kurs, dem durch Zollunion und Anschließwillen die Rückpunkte gegeben sind.

Die 120 ausländischen Gläubiger der Kreditbank machen ihre Bereitwilligkeit zur Aufhebung der Kreditbank davon abhängig, daß der Bund für diese die Haftung übernimmt. Es handelt sich um rund 14 Millionen englische Pfund oder 80 Millionen Dollar.

### Briands Kammerzieg.

Franklin Bouillons Mißtrauensantrag abgelehnt.

Im Verlauf der Kammer Sitzung wurde über den Mißtrauensantrag Franklin Bouillons abgestimmt, nachdem dieser keine gegen das Fernbleiben Briands im Kabinetts gerichtete Interpellation eingehend begründet hatte.

Die Regierung erzielte mit 310 gegen 267 Stimmen eine Mehrheit von 43 Stimmen.

Bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage Lavals erzielte die Regierung eine Mehrheit von 52 Stimmen.

### Der Vatikan protestiert.

Gegen Ausweisung des Kardinals Segura aus Spanien.

Der Heilige Stuhl hat dem Nuntius in Madrid die Weisung erteilt, bei der spanischen Regierung wegen der Ausweisung des Kardinalprimas Segura Protest zu erheben.

### Katholiken in Spanien schwer mißhandelt.

Eintausenddreihundert Versammlungsteilnehmer, die von einer katholischen Massenversammlung mit dem Juge nach Saragossa zurückkehrten, wurden auf einer Zwischenstation von einer tausendköpfigen Menge angegriffen. Sie schlugen auf die Teilnehmer mit Steinen und Stöcken ein, holten sie aus den Wagen heraus, darunter viele Frauen und Priester, und ließen sie Spieghruetenlaufen. Eine Person kam unter die Räder und wurde zermalmt. Der Bövel verhinderte die Weiterfahrt durch Abhängen der Lokomotive. Die Polizei sah ohnmächtig dem Treiben zu. Auf dem Bahngleis blieben zahlreiche Verletzte liegen. Viele Reisende versuchten mit Automobilen ihre Fahrt fortzusetzen, wurden aber von einer Bande angegriffen, die sechs Autos in Brand setzte und die Insassen verprügelte.

### König Zogu von Albanien ermordet?

Die amtliche ungarische Telegraphenagentur meldet aus Belgrad, daß König Zogu von Albanien ermordet worden ist.

Eine Bestätigung dieser Meldung von anderer Seite liegt noch nicht vor.

Belgrad, 17. Juni. Die Londoner Meldung, daß der König von Albanien Ahmed Zogu in Tirana ermordet worden sei, hat in Belgrad die gleiche Ueberraschung hervorgerufen wie der Umstand, daß als Quelle der Nachricht Belgrad bezeichnet wird. In Belgrad weiß niemand etwas über einen Anschlag auf Ahmed Zogu.

### Der Amerikaner Dr. Butler für Annulierung aller Kriegsschulden

Berlin. Der Präsident der Columbia-Universität Dr. Butler botte, wie der Berliner Börsenzeitung aus Paris berichtet wird, mit Außenminister Briand eine längere Konferenz. Butler erklärt, er habe der französischen Regierung einen Plan zur Lösung der internationalen Krise vorgelegt und werde diesen Plan auch den Regierungen Englands, Frankreichs, Ungarns und der Tschechoslowakei unterbreiten. Er wies darauf hin, daß es in den Vereinigten Staaten bereits eine mächtige Strömung gebe, die die Annulierung sämtlicher Kriegsschulden fordere, um das Gleichgewicht der Weltwirtschaft wieder herzustellen.

Der aus Sowjetrußland drohende Gefahr müsse ein internationaler Wirtschaftsplan gegenübergestellt werden. Dieser Plan müsse zweifellos mit der Regelung der Reparationszahlungen beginnen. Die Idee dieser Reparationszahlungen sei der erste Irrtum gewesen, der Grund des Übels, denn was man verlor, sei einfach infolge des Krieges zugrunde gegangen, nicht aber durch die Schuld der einen oder der anderen Nation. Was verloren wurde, müsse auf Verlustkonto gebucht werden. Wiedergutmachung könne nirgends und auf keine Weise erfolgen. Die Annulierung der Kriegsschulden, der einseitige Weltwirtschaftsplan und die internationale Abrüstung seien notwendig. In Paris politischem Kreise betrachtet man diese Rede Butlers in die europäischen Hauptstädten als eine Wegorbereitung für die Reisen Stimsons und Mellons.

### Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 17. Juni 1931.

Wertblatt für den 18. Juni.  
Sonnenaufgang 3<sup>49</sup> | Mondaufgang 5<sup>39</sup>  
Sonnenuntergang 20<sup>19</sup> | Monduntergang 22<sup>29</sup>  
1839: Dichter Martin Grell geb. — 1895: Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals.

### Die Frucht, die nicht satt macht.

Eine mittelalterliche Legende erzählt, daß die Mutter Gottes einst über Land im Gewande einer armen Frau wandelte. Kindern begegnend, die im Walde Erdbeeren gesammelt hatten und die mit Laub bedeckten Körbchen nach Hause trugen. Auf die Frage, was sie gesammelt hätten, behaupteten die Kinder, aus Angst, die fremde Frau könne sie um einen Teil der mühsam gesammelten Ernte bitten, sie hätten nichts, nur Laub für die Fiegen. Da antwortete die Mutter Gottes traurig: „Weil ihr gelogen habt und sagt, daß es nichts sei, so sollen auch die Erdbeeren nicht satt machen.“

Seither ist das so geblieben. Die Erdbeeren machen niemand satt, aber sie erfrischen und sind von einer beträchtlichen Heilkraft, die schon den Vätern des Altertums bekannt war und im Mittelalter noch bedeutend höher geschätzt wurde als heute, wo Erdbeerenfrühen besonders für Leute, die zu Stoffwechselkrankheiten neigen, ärztlich empfohlen werden. Im Mittelalter verordnete man den regelmäßigen Genuß dieser frühesten einheimischen Frucht auch gegen Schwachheit des ganzen Körpers, gegen hitzige Gebrechen des Magens, der Nieren, der Leber und der Milz. Man hielt die Erdbeere auch, und vieler Glaube findet sich in ärztlichen Lehrbüchern bis vor etwa hundert Jahren, für ein Gegenmittel gegen Sifire: zu dieser Annahme war man dadurch gekommen, daß man beobachtet hatte, wie Kreuzottern über die Ausläuferfrühen der Erdbeeren hinwegkrochen, ohne daß die Früchte deswegen Gift angenommen hätten. Auch der Genuß von Erdbeeren ist früher und saurer Sahn und in nach dem Geschmack der früheren Zeit stark gewürzten Wein, und Völkern wurde ärztlich eifrig gefördert, was heute nicht mehr nötig ist.

Als in das achtzehnte Jahrhundert hinein war man für die Früchte fast ausschließlich auf die verschiedenen einheimischen Erdbeerenarten angewiesen, deren schönste Stauden man in den Wäldern sammelte, um sie bei besserer Pflege zu größeren Früchten und höherem Ertrage zu züchten. Dabei